

Mobilfunkstrahlung

Neue Diskussion um Gefährdung

Studien deuten auf zu hohe Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung hin.

Neuere Untersuchungen deuten auf zu hohe Grenzwerte für die Mobilfunkstrahlung in Deutschland hin. „Es gibt gewichtige Hinweise aus Tierversuchen, dass die Strahlen auch unterhalb der gültigen Grenzwerte schädigen können“, sagt Professor Dr. med. Heyo Eckel, Präsident der Ärztekammer Niedersachsen und zugleich Vorsitzender des Ausschusses „Gesundheit und Umwelt“ der Bundesärztekammer. „Wir fordern das Bundesamt für Strahlenschutz auf, sich mit den



Die Verbreitung von Handys schreitet schnell voran. Die neue UMTS-Technik lässt auf weiteres Wachstum schließen. Foto: BilderBox

seriösen wissenschaftlichen Ergebnissen auseinander zu setzen.“

Die Mobilfunkbetreiber räumen ein, dass für eine flächendeckende Versorgung mit der neuen Mobilfunktechnologie „UMTS“ (Universal Mobile Telecommunicators System) eine Verdichtung der Sendeanlagen in Deutschland notwendig ist. „Wir rechnen damit, dass langfristig in Deutschland bis zu 60 000 neue Antennen errichtet werden müssen“, erklärt Michael Rebstock von Viag Interkom gegenüber dem ARD-Magazin „Report“ (Mainz). Die möglichen Folgen der stärker werdenden Belastung durch Mobilfunkstrahlen sind kaum zu überblicken. BÄK-Vorstandsmitglied Eckel warnt:

„Skandinavische Versuche haben gezeigt, dass die Blut-Hirn-Schranke, also die Mauer, die normalerweise zwischen Blut und Hirn besteht, durch Strahlungen für bestimmte Eiweißstoffe durchlässiger wird.“ Es sei nicht auszuschließen, dass es zu Schäden im Erbgut kommen könne, gab Eckel zu bedenken.

Nach Informationen von „Report“ geben eine Reihe von Studien Hinweise auf mögliche Gefahren durch Mobilfunkstrahlen. So bemerkten Bauern im bayerischen Schnaitsee auffällig oft Verhaltensstörungen und Missbildungen bei Tieren, die in unmittelbarer Nähe zu Mobilfunkanlagen gehalten wurden. Professor Wolfgang Löscher von der Tierärztlichen Hochschule in Hannover hat sich damit befasst und sagt: „Auffällig ist der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Errichten von Mobilfunksendern und dem erstmaligen Auftreten dieser Störungen in ansonsten gesunden Betrieben.“

Anders das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter: „Die Grenzwerte berücksichtigen bereits im hohem Maße den Vorsorgegedanken gegenüber der Bevölkerung. Nach heutigem Kenntnisstand sind gesundheitliche Gefährdungen auszuschließen“, erklärte Dr. Jutta Brix vom Institut für Strahlenhygiene des Bundesamtes. Dagegen stützt sich die Bundesärztekammer auf Ergebnisse einer internationalen Tagung zu Mobilfunksendeanlagen Anfang Juni dieses Jahres in Salzburg.

In einer Resolution warnen die Fachleute vor möglichen Gefahren wegen zu hoher Grenzwerte. „Es wird empfohlen, für bestehende und künftige Mobilfunksendeanlagen alle technischen Möglichkeiten auszunutzen, um eine möglichst niedrige Exposition von Anrainern zu gewährleisten. Die Beurteilung von biologischen Wirkungen im Niedrigdosisbereich, ausgehend von Mobilfunksendeanlagen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, jedoch zum vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit dringend erforderlich“, heißt es. In der Schweiz ist im Januar 2000 ein Gesetz zur Senkung der Grenzwerte in Kraft getreten. In Skandinavien und Österreich werden entsprechende Gesetzesnovellen vorbereitet.

Samir Rabbata

Krankenhaus-Kongress

Immun gegen Kritik

Das Gesundheitsministerium zeigt kein Verständnis für die Rationierungsdebatte.

Zum Diskutieren ist Georg Baum, Unterabteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium (BMG), nicht im Kölner Maritim-Hotel erschienen: Zu viele Betten, zu hohe Verweildauern, zu wenig ambulante Operationen, ein überproportionaler Anstieg der „weichen“ Indikationen wie Bauchschmerzen oder Schwindel – die Überversorgung im Krankenhaus sei doch überall sichtbar, wie könne da jemand von Rationierung medizinischer Leistungen reden, erklärte Baum beim 3. Kölner Krankenhaus-Kongress. Aufgrund der Tagespflegesätze sei die Überversorgung im Krankenhausbereich „systemimmanent“. Rationierung in dem Sinne, dass medizinisch Notwendiges aus Geldknappheit nicht mehr angeboten wird, könne es in einem Land, in dem jährlich 260 Milliarden DM in die Gesetzliche Krankenversicherung fließen, schlicht nicht geben.

Darauf angesprochen, dass den Krankenhäusern in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben wie Maßnahmen zur Qualitätssicherung oder die ICD-10-Codierung aufgebürdet worden seien, ohne dass mehr Geld oder Personal bewilligt wurde, antwortete Baum nur lapidar: „Nutzen Sie die vorhandenen



Die Universitätskliniken Köln veranstalten den Krankenhaus-Kongress. Foto: Universität zu Köln

Ressourcen besser, mobilisieren Sie Wirtschaftlichkeitsreserven!“ Harscher seine Antwort auf die Frage, ob es für die Krankenhäuser nun endlich wieder ein gewisses Maß an Planungssicherheit gebe: „Das hängt von Ihrer Bereitschaft ab, sich flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen.“ Ende der Fragestunde. Die etwa 250 Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung merkten schnell, dass Baum nicht gekommen war, um Versöhnungswillen aus dem BMG zu übermitteln.

Dementsprechend direkt auch die Worte von Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, der sich jüngst erst für einen „runden Tisch“ im Gesundheitswesen ausgesprochen hatte: „Die Politik macht es sich zu einfach, wenn sie immer nur auf die angeblich vorhandenen Rationalisierungspotenziale im Krankenhausbereich verweist. Die heutige Krankenhauslandschaft ist schließlich einmal politisch gewollt gewesen.“

Gefahren der Ökonomisierung

Kein Verständnis zeigte Hoppe auch für Baums Vorwurf, in Deutschland würde ein im internationalen Vergleich zu großer Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP), nämlich 10,8 Prozent, in die Krankenhäuser fließen. Der Vergleich sei unfair, weil sich erst durch die Wiedervereinigung ein Anstieg von damals acht Prozent auf die heutigen 10,8 Prozent ergeben habe. Verantwortlich für den Zuwachs sei das im Verhältnis gesunkene BIP des vereinigten Deutschlands. „Sonst lägen wir immer noch bei acht Komma irgendwas Prozentpunkten“, sagte Hoppe.

Der Bundesärztekammerpräsident verwies auch auf die Gefahren, die eine Entstaatlichung des Krankenhaussektors und die damit verbundene Ökonomisierung mit sich bringen könnten. Gerade die Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups, DRGs) in der australischen Version habe es in sich und könne dazu führen, dass einige Patientengruppen und Therapieformen für eine Klinik unattraktiver würden. Fraglich sei auch, was dann mit strukturschwachen Regionen passiere.

Jens Flintrop

Psychotherapeutentag NRW

Schlechte Stimmung

Die Allianz psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände beklagt eine unzureichende psychotherapeutische Versorgung.

Schlechte Stimmung beherrschte die Podiumsdiskussion, zu der die Allianz psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände (Allianz) im Rahmen des Psychotherapeutentages NRW nach Köln eingeladen hatte. Besonders die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) waren Unmutsbekundungen aus den Reihen des Publikums ausgesetzt. Zahlreiche ehemalige „Kostenerstatter“ saßen dort, von de-



Foto: Petra Bühring

Karin Flamm, Sprecherin des DPTV

nen viele seit In-Kraft-Treten des Psychotherapeutengesetzes um ihre Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung streiten. „Wir sind doch keine kriminelle Vereinigung“, verteidigte sich Dr. med. Ulrich Thamer, im Vorstand der KV Westfalen-Lippe, gegen einige Vorwürfe.

Die Allianz, hauptsächlich vertreten durch den Deutschen Psychotherapeutenverband (DPTV), kritisiert die Bedarfsplanung der KVen. Der Bedarf an psychotherapeutischen Leistungen sei wesentlich höher, als die zugelassenen Psychologischen Psychotherapeuten decken könnten. Einer Studie von Wittchen et al. zufolge werden nur 36

* Zahlen: Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein

Prozent der Erwachsenen mit psychischen Störungen und 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen adäquat versorgt. Für den Bereich der KV Nordrhein errechnete Detlef Kommer, DPTV, anhand des in der Studie „fachwissenschaftlich definierten Behandlungsbedarfs“ einen geschätzten Versorgungsgrad von 8,4 Prozent (Westfalen-Lippe 6,5 Prozent). „Diese Mangelversorgung wird durch das Psychotherapeutengesetz festgeschrieben, da in der Bedarfsplanung der Ist-Bestand zum Soll erklärt wird“, kritisierte Kommer. Unverständlich sei daher die 50-prozentige Ablehnungsquote für Zulassungen in Nordrhein (46 Prozent in Westfalen-Lippe). Dipl.-Psych. Karin Flamm, DPTV-Sprecherin, beklagte, dass sie anfragende Patienten nicht weitervermitteln könne, da Kollegen keine freien Kapazitäten hätten. „Das war vorher besser“, warf sie den KV-Vertretern vor.

Dr. med. Leonhard Hansen, Vorsitzender der KV Nordrhein, legte dagegen ganz andere Zahlen zur psychotherapeutischen Versorgung vor: Die Zahl der nicht ärztlichen Psychotherapeuten in Nordrhein habe sich im Vergleich zum ersten Quartal 1999 von 819 auf 1 747 mehr als verdoppelt. In 26 Planungsbereichen im Rheinland herrsche Überversorgung, erklärte auch Manfred Hörksen, AOK Rheinland, „deshalb ist ‚Ist‘ gleich ‚Soll‘“. Allerdings bestehen große Unterschiede zwischen Stadt und Land: Beispielsweise ist die Stadt Bonn zu 237 Prozent mit Psychotherapeuten Überversorgt, während der Versorgungsgrad im ländlichen Kreis Heinsberg nur 44 Prozent beträgt.*

Bereits bei den zurzeit zugelassenen Psychotherapeuten erwartet Hansen für das Jahr 2000 einen finanziellen Mehrbedarf von 13,4 Millionen Mark, wenn der Mindestpunktwert von 7,66 Pfennig bedient wird. Dieses Geld müsse von den Krankenkassen bezahlt werden. Wenn nicht, „müssen Mengenbegrenzungen eingeführt werden, wie bei den ärztlichen Leistungen auch“, erklärte der KV-Vorsitzende.

Karin Flamm dagegen interpretiert die Finanzierungsprobleme auf eigene Weise: „Wenn man einmal viel Geld verdient hat, dann will man nicht abgeben.“

Petra Bühring